

Wider den „Kollaps“!

Aktuelles zur angespannten Lage der Kreise und Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen

Kurz vor dem von Ministerpräsident Kretschmann einberufenen Flüchtlingsgipfel schlug der Landkreistag in einer Pressekonferenz Alarm. Um die Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu bewältigen, wurde nicht nur die Forderung nach mehr Geld aus dem Landeshaushalt erneuert, sondern auch gefordert, die Asylverfahren zu beschleunigen, die Roma bereits in der Erstaufnahme abzuschieben und Dublin-Überstellungen konsequent durchzuführen. Bereits am Tag davor kündigte der Landkreis Esslingen an, aus Kapazitätsgründen die Unterbringung von Asylsuchenden bis auf Weiteres auszusetzen. Der Flüchtlingsrat reagierte mit einer Presseerklärung und warf dem Landkreistag Alarmismus und Stimmungsmache gegen die Landesregierung und gegen die Flüchtlinge vor. Überall im Land arbeiten die Behörden mit Hochdruck an der Suche nach Wohnraum und Unterkünften. Auch ehrenamtlich Engagierte beteiligen sich dabei aktiv. Im Folgenden eine (absolut unvollständige) Zusammenstellung von aktuellen Neuigkeiten im Bereich der Unterbringung in den Kreisen und Kommunen - und praktische Tipps, was Bürger/innen für die erfolgreiche Suche nach Wohnraum und Unterbringungspätzen tun können.

Nur in Ausnahmefällen?

Landesregierung will Unterbringung in Gewerbegebieten erleichtern

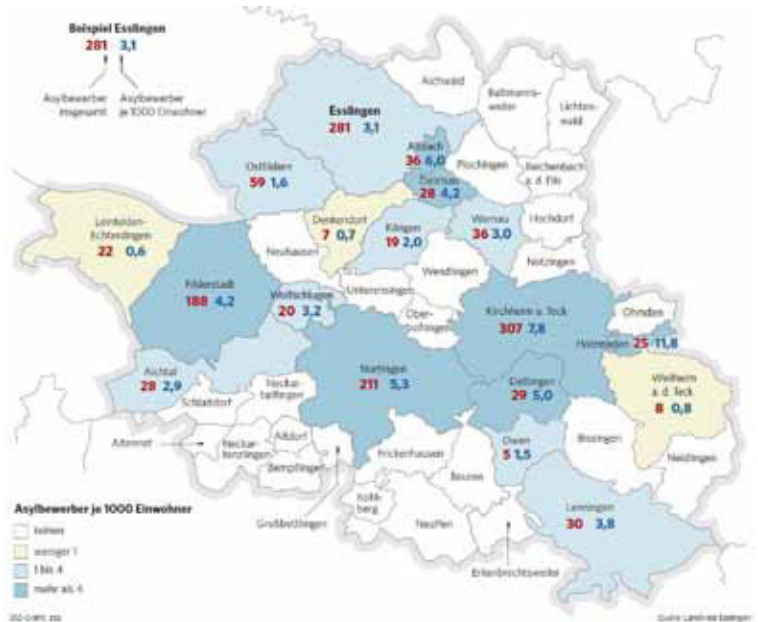
Auf Initiative der Bundesländer Baden-Württemberg und Hamburg hat der Bundesrat am 19. September einen Gesetzentwurf (Drucksache 419/14) beschlossen, der die Baunutzungsverordnung (BauNVO) so ändern soll, dass die Errichtung und der Betrieb von Asylunterkünften in Gewerbegebieten erleichtert wird. Mehrere Verwaltungsgerichte und auch der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hatten den Betrieb von Sammelunterkünften in Gewerbegebieten untersagt, u.a. in Rottenburg, Fellbach und Karlsbad. Die Begründung: Wohnen sei in Gewerbegebieten unzulässig und nur in Ausnahmefällen (z.B. Wohneinheit im Betrieb eines Unternehmers) zumutbar und erlaubt. Der Flüchtlingsrat und die Wohlfahrtsverbände kritisieren diese Gesetzesinitiative, denn sie treten - auch bei gestiegenen Zugangszahlen - für eine gemeinverträgliche Unterbringung mit humanitären Standards ein. Die Bundesregierung hat bereits ihre Zustimmung zum Gesetzentwurf signalisiert. Der Flüchtlingsrat befürchtet, dass im Fall der Umsetzung eine wei-

tere Ausbreitung der bereits häufig praktizierten Einrichtung von Containerunterkünften und ähnlicher Sammelunterkünften in Gewerbegebieten zur Regel würde und eben nicht die Ausnahme bliebe. Dies widerspräche eindeutig dem Geist des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. Er fordert die Stadt- und Landkreise auf, vor der Entscheidung über die Einrichtung von Sammelunterkünften in Gewerbegebieten transparente Teilnahmeverfahren (Beispiel Weinheim) durchzuführen, durch die ausreichend Gelegenheit bleibt, alternative Lösungen zu diskutieren und zu entwickeln.

Stuttgart: Weitere 450 Unterbringungsplätze geplant

Die Stadt Stuttgart rechnet damit, dass sie im Jahr 2015 insgesamt rund 4.400 Unterbringungsplätze für Flüchtlinge bereitstellen muss. Bereits im Dezember 2013 beschloss der Gemeinderat die Einrichtung von 1.038 neuen Unterbringungsplätzen, die in diesem Jahr durch die Neueröffnung mehrerer Unterkünfte in Systembauweise, z.B. in Plieningen, realisiert wurden. Weitere 452 Plätze sollen nun ab Anfang 2015 in Bad Cannstatt, im Stuttgarter Westen, in Vaihingen, Zuffenhausen

und Weilimdorf entstehen, teilweise Anmietungen, teilweise Neubauten. Die Stadt steht laut Sozialamtsleiter Stefan Spatz unter hohem Druck. Es dürfe „keine einzige Unterkunft wegfallen, die wir im Programm haben“, sagte er in der Stuttgarter Zeitung (11.10.2014) Doch selbst wenn dies der Fall wäre, fehlen nach einer Berechnung der StZ trotzdem knapp 400 Plätze. Man gehe weiter konsequent den Stuttgarter Weg einer möglichst dezentralen Unterbringung im ganzen Stadtgebiet, sagte auch OB Fritz Kuhn und lobte die Bereitschaft der Bürger/innen zum ehrenamtlichen Engagement. Eine Unterbringung in Hallen oder Zelten komme in Stuttgart nicht in Frage.



Rems-Murr-Kreis: Keine Unterbringung in leerstehenden Krankenhäusern

Der Rems-Murr-Kreis hat vor Kurzem Containerunterkünfte in Fellbach aufgestellt (auch weil das „Roncalli-Haus“ im Gewerbegebiet von Oeffingen nicht genutzt werden kann), will aber dem Vorschlag aus Kreisen unabhängiger Kreisräte und der SPD nicht folgen, die seit einiger Zeit leerstehenden Kreiskrankenhäuser in Waiblingen und Fellbach als Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen. Die Krankenhäuser seien an die Kreisbau verkauft, zum Abriss und zur gewinnbringenden Vermarktung der Flächen vorgesehen.

Weinheim: Es geht auch anders

Als die Pläne des Rhein-Neckar-Kreises bekannt wurden, in einem Weinheimer Gewerbegebiet eine Containerunterkunft für 200 Asylsuchende einzurichten, regte sich Widerstand in der Nachbarschaft. Vom behördlichen Vorgehen nach Schema F wie früher bis zum aktuellen intensiven Bürgerbeteiligungsprozess sind bereits einige Monate vergangen, doch diese Prozess könnte sogar vorbildhaft werden. Die Stadt Weinheim hat mittlerweile eine Willkommensbroschüre mit dem Titel „Menschen fliehen um ihr Leben - wie wir in Weinheim helfen können“ herausgegeben. In mehreren Bürgerfragestunden und Tagungen wurde ein alternatives Konzept für die Unterbringung erarbeitet. Nicht ohne Konflikte, aber konstruktiv. Ende September zeichnete sich eine konsensfähige Lösung ab: Es sollen drei



Unterkünfte an verschiedenen Orten der Stadt mit jeweils maximal 80 Personen eingerichtet werden. Ein breit aufgestelltes „Netzwerk Asyl in Weinheim für Integration“ (NAWI) hat sich gegründet und steht für die vielfältige Integrationsarbeit für die Flüchtlinge bereit.

Kreis Esslingen: Aufnahmestopp zurückgenommen

Der Landkreis Esslingen betreibt 35 Unterkünfte in 18 Kommunen, in denen (Stand Ende September) 1.800 Flüchtlinge untergebracht sind. Kurz vor dem Flüchtlingsgipfel am 13 Oktober teilte Landrat Eininger (CDU) der Integrationsministerin Bilkay Öney in einem Brandbrief mit, dass der Kreis zu einer weiteren Aufnahme nicht bereit sei. Für den November sei die Aufnahme von 244 Personen angekündigt, für die es keine Plätze mehr gebe. Der Kreis betreibt bereits eine Unterbringung in der Turnhalle einer Berufsschule in Esslingen. Syrische Flüchtlinge weigerten sich, dort zu bleiben und protestierten in Esslingen. Kurz nach dem Flüchtlingsgipfel nahm Landrat Eininger seine Verweigerungshaltung nach einer öffentlichen Rüge („das steht einem Landrat nicht zu“) durch Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) zurück. Der Kreis will seine Aufnahmeverpflichtung erfüllen und nach weiteren Unterbringungsmöglichkeiten suchen.

Kreis Esslingen: Aufnahmestopp zurückgenommen

Kreis Reutlingen: Unterbringung in Turnhallen droht

Seit mehr als fünf Jahren plant der Kreis Reutlingen, das seit über 20 Jahren bestehende Asyllager für ca. 350 Personen in der Carl-Zeiss-Straße im

Anzahl und Prozentzahl der Flüchtlinge im Landkreis Esslingen. In den farblich markierten Kommunen gibt es überhaupt keine Asylsuchenden in der vorläufigen Unterbringung. Grafik: Stuttgarter Zeitung

Betzinger Industriegebiet aufzugeben. Doch aus den Plänen wurde bisher nichts. Die Carl-Zeiss-Straße, die zu den Prototypen der abschreckenden Lagerunterbringung in Baden-Württemberg zählt, könnte im kommenden Jahr sogar als Außenstelle der in Planung befindlichen LEA Tübingen werden. Aufgrund der gestiegenen Zugangszahlen und der damit verbundenen Probleme, Unterbringungsplätze im Kreis zu finden, will das Landratsamt nicht nur die Carl-Zeiss-Straße einstweilen weiterbetreiben, sondern plant jetzt auch, Flüchtlinge in Turnhallen und Gemeindesälen von Kirchen unterzubringen. Im verbleibenden Jahr muss der Kreis noch Platz für bis zu 280 Personen schaffen.

Kreis Tübingen: Neubau einer Sammelunterkunft

Am 7. Oktober war Spatenstich für den Neubau einer Gemeinschaftsunterkunft für ca. 100 Asylsuchende auf einem freien Gelände im Tübinger Behördenviertel direkt neben dem Landratsamt. Bereits in wenigen Wochen soll diese in Modulbauweise von der Kreisbau erstellte Unterkunft bezugsfertig sein. Auf demselben Gelände soll im kommenden Jahr eine Landeserstaufnahmestelle für ca. 700 Personen errichtet werden. Der Kreis Tübingen hatte im Jahr 2012 noch drei Sammelunterkünfte für Asylsuchende, jetzt sind es 38, darunter auch kleinere Unterkünfte und Wohnungen. Die Dezentralisierung scheint in diesem Kreis zu gelingen. Das Liegenschaftsamt der Stadt Tübingen hat vor Kurzem Pläne für die Errichtung weiterer Unterkünfte für die vorläufige und die Anschlussunterbringung auf Stadtgebiet erstellt. Das Konzept sieht leider kein „gemischtes“ Wohnen vor, sondern reine Flüchtlingsunterkünfte. Tübingen will sich auch beim Betrieb einer LEA an der weiteren Unterbringung und Integration von Flüchtlingen beteiligen. Ob dies auch für den Landkreis gilt, ist noch offen.

Breisgau-Hochschwarzwald: Unterbringung in Turnhalle in Müllheim

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald will nach den Herbstferien bis zu 60 Asylsuchende in einer Berufsschul-Turnhalle unterbringen. Vereine und Schulen müssen weichen. Diese Form der Unterbringung sei „nicht das, was wir den Menschen, die bei uns Schutz suchen, bieten wollen“ sagte Landrätin Störr-Ritter (CDU), es sei aber nicht abzusehen, wann die Nutzung der Halle wieder beendet werden könne. Derzeit hält der Kreis 381

Suche nach Wohnraum und Unterkünften - was können Sie tun?

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz für Baden-Württemberg, das seit 1.1.2014 gültig ist, macht bereits in der „vorläufigen Unterbringung eine gleichwertige Unterbringung in Sammelunterkünften oder Wohnungen möglich (vgl. § 8, Abs. 1 FlüAG). Durch die maximale Dauer der vorläufigen Unterbringung von 24 Monaten (vgl. § 9 Abs. 1 FlüAG) ist die Bereitstellung von Wohnraum in der Anschlussunterbringung (§ 18 FlüAG) eine weitaus bedeutendere Aufgabe als bisher geworden. Was können Menschen, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind bzw. allgemeine die Bürgerinnen und Bürger tun?

- Beteiligen Sie sich an der Suche nach Wohnraum und Unterkünften. Dabei können Sie z.B.
 - eine Wohnraumbörse einrichten. Rufen Sie die Bürger/innen zur Bereitstellung von Wohnraum auf. Geben Sie eine Kontaktadresse oder eine Internetseite an, bei der Bürger/innen oder Immobilienbesitzer/innen Wohnraumangebote melden können. Stellen Sie bei Angeboten den Kontakt mit den zuständigen Behörden her
 - Leserbriefe schreiben
 - Kontakte zu Immobilienbesitzern oder -firmen oder kommunalen Wohnungsbaugesellschaften aufnehmen
- Sensibilisieren Sie die Menschen in der Nachbarschaft, in der Kommune, im Kreis... für die Anliegen der Flüchtlinge und den Bedarf an Wohnraum. Werben Sie dafür, dass Flüchtlinge wie normale Menschen behandelt werden und gut aufgenommen und integriert werden. Mischen Sie sich ein, wenn es Widerstände gegen die Einrichtung von Unterkünften oder die Anwesenheit von Flüchtlingen in der Nachbarschaft gibt.
- Mischen Sie sich in die kommunale Wohnraumpolitik des Kreises oder der Kommune ein.
- Fordern Sie, dass Flüchtlinge in die kommunale Wohnraumplanung mit einbezogen werden
- Initiieren oder beteiligen Sie sich an einem „runden Tisch“, der ein Konzept für die Dezentralisierung der Unterbringung und die erfolgreiche Suche nach Wohnraum und Unterkünften erarbeitet
- Kontaktieren Sie Stadt- oder KreisrätInnen mit dem Ziel, dass sich diese für kommunalpolitische Beschlüsse in diesem Sinne einsetzen
- Werden Sie „Wohnungspate“ für einen Flüchtling oder eine Familie und helfen Sie diesem/n bei der Wohnungssuche oder beim Umzug. Sorgen Sie dafür, dass möglichst viele Flüchtlinge eine/n Wohnungspaten/in bekommen.
- Flüchtlingen, die in der „vorläufigen Unterbringung“ sind, aber dort keine Wohnverpflichtung (mehr) haben, können Sie helfen, Anträge z mit dem Ziel der Unterbringung in einer Wohnung u stellen.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass besonders Schutzbedürftige und Kontingentflüchtlinge nicht in Sammelunterkünften untergebracht werden und für den nötigen Wohnraum (vor-) gesorgt wird.

Plätze in Gemeinschaftsunterkünften vor. 241 Personen sind in Wohnungen untergebracht. In Bad Krozingen und Müllheim sollen 2015 neue Unterkünfte mit 160 Plätzen entstehen.

Stuttgart: Flüchtlingswohnungen im Gotteshaus

Ein Beispiel für langfristige Planung mit Konzept: Die katholische Kirche will im Stuttgarter Stadtteil Birkach eine Kirche abreißen und dort Wohnungen für ca. 80 Flüchtlinge sowie 66 Eigentumswohnungen für Studierende und andere bauen lassen. Desweiteren soll dort eine Kindertagesstätte entstehen. Im Frühjahr soll ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden. Das Projekt soll Ende 2018 bezugsfertig sein. Laut dem Flüchtlingsbeauftragten der katholischen Kirche, Thomas Broch, kostet das Projekt ca. 25 Millionen Euro.

Flüchtlinge auf Wohnungssuche

Wenn Flüchtlinge aus der Sammelunterkunft ausziehen dürfen oder müssen, haben sie auf dem engen Wohnungsmarkt von allen Bewerber/innen die schlechtesten Karten. Sie brauchen Unterstützung und Begleitung. In einem von der Stuttgarter Zeitung veröffentlichten Beispiel haben ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierte einer syrischen Familie mit Aufenthaltserlaubnis bei der Wohnungssuche geholfen und dabei sehr erhellende Erfahrungen gemacht. Bereits wenn am Telefon gesagt wurde, dass es sich um eine Familie handele, ging der Rolladen runter, erst recht, wenn offen gemacht wurde, dass es sich um Flüchtlinge handelt. „An die 50 Mal hat Martina Tertelmann zum Telefonhörer gegriffen, um ... zu einer Wohnungsbesichtigung eingeladen zu werden – vergeblich.“ Quelle: 12.08.2014 Stuttgarter Zeitung; „Wohnungsmarkt in Stuttgart. Flüchtlinge auf Wohnungssuche“

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Pressemitteilung 10.10.2014

Gemeinsames Handeln statt Alarmismus!

Die Stadt- und Landkreise müssen sich an das Flüchtlingsaufnahmegesetz für Baden-Württemberg halten. Der Flüchtlingsrat fordert den Landkreistag auf, zu einer sachlichen Debatte und zu einer gemeinsamen Lösung der Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg zurückzukehren.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg kritisiert die Haltung des Landkreistags von Baden-Württemberg (vgl. Pressemitteilung des Landkreistags vom 9.10.2014) zur Situation bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg. Im Vorfeld des Flüchtlingsgipfels, zu dem die Landesregierung am 13. Oktober einlädt, macht der Landkreistag schlechte Stimmung gegen die Landesregierung und gegen die Flüchtlinge.

„Die vom Landkreistag benutzten Metaphern („...stehen vor dem Kollaps“) verbreiten Alarmismus und suggerieren Probleme, die nicht zu bewältigen seien. Das halten wir für absolut überzogen“ sagte die Vorsitzende des Flüchtlingsrats, Angelika von Loeper. „Wir sind vor allem bestürzt über die Haltung des Landkreises Esslingen, der erklärt hat, die weitere Aufnahme von Flüchtlingen verweigern zu wollen. Dies ist ein Verstoß gegen das Flüchtlingsaufnahmegesetz, denn die Kreise sind zur Aufnahme verpflichtet. Wir haben Verständnis für die schwierige Lage, aber jetzt müssen alle gemeinsam Anstrengungen unternehmen, um die humanitäre Verpflichtung zur menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen zu erfüllen. Sich zu verweigern wäre ein fatales Signal“.

Der Landkreistag sucht des Weiteren eine Lösung der Probleme bei der Unterbringung nach Auffassung des

Flüchtlingsrats an der falschen Stelle. So fordert er pauschal eine Beschleunigung der Asylverfahren, eine schnelle Abschiebung von Asylsuchenden aus sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ und verschärfte Rücküberstellungen an andere EU-Staaten. Dies weist der Flüchtlingsrat entschieden zurück: „Es kann nicht sein, dass die Aufnahmebehörden zur verschärften Abschiebung aufrufen. Es ist insbesondere unerträglich, dass sich die Kreise jetzt mit dem von Ministerpräsident Kretschmann ausgehandelten „Asylkompromiss“ nicht zufrieden geben wollen und ein noch schärferes Vorgehen gegen Flüchtlinge fordern. Es muss vor allem mit der verbalen Hetze gegen Roma aus den Balkan-Staaten aufgehört werden.“

Der Flüchtlingsrat unterstützt die Forderung des Landkreistags, dass die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen auskömmlich sein müssen und dass das Land dafür aufkommen muss. „Es kann aber nicht nur um Geld gehen“, so Angelika von Loeper abschließend, „wenn eine gute Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg gelingen soll, brauchen wir die Bereitschaft aller Akteure, sich dieser Aufgabe trotz gestiegener Flüchtlingszahlen konstruktiv zu stellen, sonst kann die Stimmung tatsächlich kippen.“

Der Flüchtlingsrat wird ein umfangreiches Position- und Forderungspapier zum baden-württembergischen Flüchtlingsgipfel vorlegen. Darin wird u.a. an die gemeinsame Verantwortung und die Zusammenarbeit von Land, Kommunen, Flüchtlingshilfe und ehrenamtlich engagierten Menschen für eine gute Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg appelliert. Der Flüchtlingsrat regt auch an, dass das Land die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich mit einer immensen Bereitschaft ehrenamtlich für die soziale Integration von Flüchtlingen engagieren, besser unterstützt und fördert.